DRUCKSACHE

Zeitung der CDU-Landtagsfraktion für Thüringen

WWW.DRUCKSACHE.INFO

AUSGABE 15 · Mai 2019

Strafvollzug
Wie Minister Lauinger die Personalnot im Vollzug aussitzt
Seite 2

Gesundheitsschutz
Warum sich die CDU-Fraktion für eine Impfpflicht einsetzt
Seite 3

Frühjahrsklausur
Wieso ein Zukunftsforscher optimistisch nach vorne blickt
Seite 4

Absurdistan

Was erwarten Sie von einem Bediensteten des Freistaats Thüringen? Vermutlich vor allem, dass er seine Aufgaben gewissenhaft und zügig erledigt, sich an Recht und Gesetz orientiert und unparteiisch ist. Ob er bisexuell, asexuell, lesbisch, heterosexuell, queer oder schwul ist interessiert Sie vermutlich weniger. Ob er weiß, schwarz, muslimisch, russland-deutsch oder arabisch ist, mag man möglicherweise sehen oder hören. Das ist jedoch egal. Wer deutscher Staatsangehöriger ist, kann auch in den öffentlichen Dienst.
Bodo Ramelows Staatskanzlei reicht das nicht. Sie überlegt, mit einem mehr als 20 Seiten langen 312 000 Euro teuren Fragebogen bei 20 000 Landesbediensteten die sexuelle Orientierung, ethnische Herkunft, Behinderungsgrad, Krankheiten oder Einkommen abzufragen. Dem Vernehmen nach anonym und freiwillig. Man fragt sich: Drehen die jetzt völlig frei und haben zu viel Geld übrig? Inwieweit diese sehr persönlichen Daten in irgendeiner Weise wichtig für das Funktionieren und die Arbeitsabläufe der Landesverwaltung sind, ist völlig schleierhaft.
Noch abseitiger wird es, wenn man sich den Zweck der Übung anschaut. Unter anderem sollen „Repräsentationslücken einzelner Gruppen“ festgestellt werden. Fraglich ist schon, ob Bedienstete sich entsprechend ihrer Herkunft und sexuellen Orientierung irgendwelchen Gruppen zuordnen lassen wollen und welche Bedeutung sie solchen Merkmalen beimessen. Völlig daneben ist die Vorstellung, der öffentliche Dienst solle solche Gruppen repräsentieren. Da geht es allein um Eignung und Befähigung oder sollte es zumindest. Immer öfter erinnert Ramelows Thüringen an ein rot-rot-grünes Absurdistan.

CDU fordert Verlässlichkeit und faire Bedingungen für Thüringer Regelschulen

Mit der CDU-Fraktion hat die Regelschule in Thüringen eine Zukunft.

Christian Tischner, bildungspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag verlangt verlässliche Bedingungen und Perspektiven für die Thüringer Regelschulen. Das ist das entscheidende Anliegen eines parlamentarischen Antrags der Fraktion. Die Benachteiligung des nach der Grundschule noch immer häufigsten Schultyps soll umgehend beendet werden. „Dazu muss den Schulen ausreichend Personal zugewiesen, Unterrichtsangebot und individuelle Förderung ausgebaut werden“, so der bildungspolitische Sprecher der Fraktion, Christian Tischner. Der Abgeordnete kann belegen, dass sich die Probleme des Thüringer Schulsystems vor allem in den Regelschulen ballen: Lehrermangel, Unterrichtsausfall, fehlende Zeugnisnoten. Für Tischner steckt dahinter System: „Ziel der Linkskoalition ist die Einheitsschule. Deshalb vernachlässigt sie die Regelschulen und bevorzugt die Gemeinschaftsschulen.“ Das führt zu massiver Verunsicherung, die der Bildungspolitiker vor allem an einer Zahl verdeutlicht. Die Zahl der Studienanfänger für das Lehramt an Regelschulen ist von 2014 bis 2017 kontinuierlich von 190 auf nur noch 113 gesunken. Das Problem dabei: Mehr als 200 Regelschullehrer gehen zurzeit jährlich in Rente. „Wir sagen klar, dass die Regelschulen für uns das Rückgrat des weiterführenden Schulwesens bleiben. Sie bereiten auf eine Berufsausbildung vor und ebnen zugleich den gestuften Weg zum Abitur oder Fachabitur“, so Tischner. Damit dies so bleibt und in Zukunft noch besser gelingt, hat die CDU-Fraktion einen umfassenden Maßnahmenkatalog vorgelegt. So sollen leistungsschwächere wie leistungsstarke Schüler durch einen differenzierten Unterricht besser gefördert werden. Deshalb hält Tischner auch nichts vom Vorhaben der Landesregierung, die Unterscheidung von Haupt- und Realschulklassen in den Regelschulen abzuschaffen. „Damit wird die individuelle Förderung unnötig erschwert“, so der Abgeordnete. Von der 9. Klasse an, soll es ein berufliches und ein gymnasiales Profil geben, „um jeden Schüler bestmöglich auf seinen weiteren Weg vorzubereiten“.
Mit der CDU-Fraktion sei die Regelschule „eine Schule mit Zukunft. Das wollen wir mit unserem Antrag und übrigens auch durch attraktivere Besoldungs- und Beförderungsmöglichkeiten für Regelschullehrer unterstreichen“, schloss Tischner.

Polizei und Justiz

Zu viele kranke Polizisten

Die Gesundheitsvorsorge im Thüringer Polizeidienst krankt. „Die Ausfall-Statistik im Polizeivollzugsdienst ist alarmierend“, warnt jetzt der CDU-Innenexperte Raymond Walk. So beklagt laut Studien fast jeder zweite Polizist in Thüringen, dass die Arbeit zu individuellen psychischen und physischen Belastungen führt. „Die Initiative des damaligen CDU-Innenministers Peter Huber für eine ganzheitliche Gesundheitsvorsorge im Polizeivollzugsdienst aus dem Jahr 2010 wurde von der heutigen Landesregierung nicht weiterverfolgt“, kritisiert Walk. Inzwischen sei mehr als jeder zehnte Polizist dauerhaft für den Streifendienst dienstunfähig geschrieben. Der CDU-Abgeordnete fordert die Landesregierung auf, schnellstmöglich gegenzusteuern. „Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss verbessert und der Überstundenabbau in Angriff genommen werden.“

©dpa – Jens Büttner

Russisches Roulette mit der Sicherheit im Strafvollzug

Vier Jahre hat sich Justizminister Dieter Lauinger gequält – nun kommt das späte Eingeständnis: Der Justizvollzug im Land ist, gemessen an den vielfältigen Aufgaben der Beamten, chronisch unterbesetzt. In der Folge legte Lauinger nun ein Konzept vor, wonach 74 Stellen „perspektivisch neu geschaffen werden“, so seine Ankündigung. Doch ein Ende der Betreuungsmisere in den Thüringer Gefängnissen ist damit noch nicht in Sicht. Denn Lauinger will die neuen Stellen erst für die Haushalte 2021 und 2022 verhandeln. Aktuell habe er damit zu tun, alle 850 Stellen im Justizvollzug besetzt zu halten. Immerhin 27 Planstellen sind derzeit offen, ohne dass es dafür Interessenten gibt.

„Das ist ein Unding“, sagt der justizpolitische Sprecher Manfred Scherer an die Adresse von Lauinger: „Wenn ich eine Personalnot feststelle, muss ich die Stellen im Kabinett einfordern. Und zwar für den nächsten Haushalt.“ Und wenn es schwierig sei, Mitarbeiter sofort zu gewinnen, dann müsse das Personal von einem Teil seiner Aufgaben entbunden werden. Immerhin sei mit der Novelle des Justizvollzugsgesetzes von 2014 auf Druck der SPD ein stärkerer, arbeitsintensiver Fokus auf den behandlerischen Ansatz in den Gefängnissen gelegt worden.

Scharf fällt auch die Kritik von Jörg Bursian, Landeschef der Gewerkschaft der Vollzugsbediensteten, aus: „Die Situation ist immer schlimmer geworden.“ Seit 2014 wurden – trotz der gestiegenen Leistungsanforderungen – knapp 50 Stellen im Vollzugsdienst gestrichen. „Die Landesregierung hat im Bereich des Justizpersonals versagt, sie spielt russisch Roulette mit der Sicherheit“, so Bursian.

IMPRESSUM

Herausgeber
CDU-Fraktion
im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt
Chefredaktion & V.i.S.d.P.
Dr. Karl-Eckhard Hahn
Telefon (Fax)
0361 3772-218 (520)
Internet
www.cdu-landtag.de
E-Mail
pressestelle@cdu-landtag.de
Auflage
1,1 Millionen
Fotos
Soweit nicht anders angegeben:
CDU-Fraktion
Karikatur
Bernhard Schauer
Text & Fotoauswahl
Dr. Karl-Eckhard Hahn, Felix Voigt, Aniko Lembke, Stefan Karl
Satz & Gestaltung
Leography.com
Druck
Druckzentrum Erfurt GmbH
Gottstedter Landstraße 6
99092 Erfurt

Aus der Fraktion

Straßenausbaubeiträge rechtssicher abschaffen

©Petair - stock.adobe.com

Der rot-rot-grüne Gesetzentwurf zur künftigen Regelung der Straßenausbaubeiträte wirft mehr Fragen auf, als er beantwortet. Das ist nach den Worten des Parlamentarischen Geschäftsführers der CDU-Landtagsfraktion, Jörg Geibert, das Ergebnis der ersten Beratung des Gesetzentwurfs im Parlament. Vor allem ein Aspekt dürfte für erheblichen Ärger sorgen: Wird der 1. Januar 2019 tatsächlich rückwirkend als Stichtag für eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge fixiert, können die Eigentümer für alle bis Ende 2018 abgeschlossenen Straßenbaumaßnahmen noch zur Kasse gebeten werden. „Die Linkskoalition hat fälschlich den Eindruck erweckt, es gebe keine Beitragsbescheide mehr und die Leute damit getäuscht", so Geibert.
Für den Abgeordneten ist das lediglich das jüngste Kapitel einer leidigen Geschichte, die Rot-Rot-Grün ohne Not vom Zaun gebrochen hat. Die Regierung Bodo Ramelows hat die Regelungen zu den Straßenausbaubeiträgen im Thüringer Kommunalabgabengesetz 2017 geändert. Mit verheerendem Ergebnis: Was Ramelow & Co. ins Gesetz schrieben, ist nicht praktikabel und verfassungswidrig, wie ein Gutachter des Gemeinde- und Städtebundes vergangenes Jahr feststellte. Nicht nur ein eigens von der Landesregierung beauftragter Gutachter fragte erst kürzlich, wozu das Ganze, wenn doch eine funktionierende Regelung bis 2017 existierte?
Mit dem jetzt vorgelegten Gesetz will Rot-Rot-Grün seinen Murks einsammeln und die Straßenausbaubeiträge abschaffen. Doch der Linkskoalition dämmert, dass sie neue Ungerechtigkeiten schafft. Deshalb schlug sie kurzfristig vor, alle Gebühren für Sanierungen zu erlassen, die nach Anfang 2015 fertigstellt und abgerechnet waren. Doch schon 24 Stunden später kassierte sie den eigenen Vorschlag wieder, „wegen hoher verfassungsrechtlicher Risiken", wie es hieß. Durch dieses stümperhafte Hin und Her sieht die CDU sich in ihrem Standpunkt bestärkt: „Wir sind für die Abschaffung der Beiträge, jedoch nur in einer Form, die nach vorne gerichtet, verfassungskonform, rechtlich unangreifbar und verlässlich für Bürger und Kommunen ist", so Geibert.

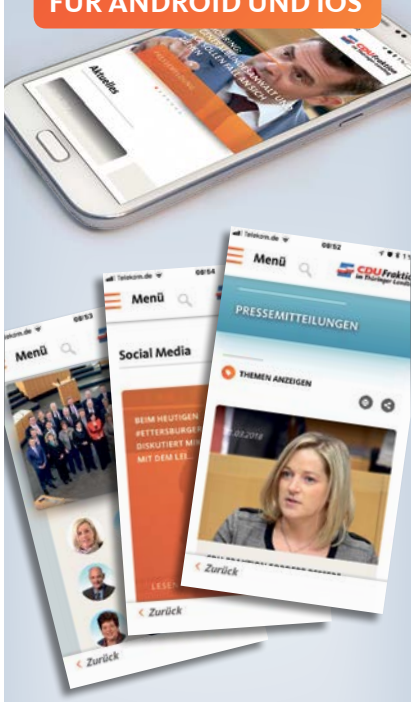
©Viacheslav Iakobchuk - stock.adobe.com

Ohne Impfung nicht in den Kindergarten

Die individuelle Freiheit endet dort, wo andere gefährdet werden – diese Grundüberzeugung hat der CDU-Landtagsabgeordnete Christoph Zippel in der aktuellen Debatte um die Einführung einer Impfpflicht deutlich gemacht. „Wer sich impfen lässt, schützt sich selbst und andere Menschen vor schweren Krankheiten. Doch gerade bei Masern liegt die Durchimpfungsquote in Thüringen deutlich unter dem Bundesschnitt", warnte Zippel. Die CDU-Fraktion hat deshalb die Landesregierung dazu aufgefordert, die Einführung einer Impfpflicht gegen Masern zu unterstützen. Gleichzeitig soll Kindern und Erwachsenen ohne Impfung der Zugang zu Impfungen erleichtert werden. „Die zögerliche bis abwehrende Haltung der Grünen und der Thüringer Gesundheitsministerin ist aus unserer Sicht unverantwortlich", so Zippel. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hat eine bundesrechtliche, gesetzliche Lösung für eine Impfpflicht vorgelegt. Bis dahin, so macht es die CDU-Bildungspolitikerin Marion Rosin deutlich, will die Thüringer Unionsfraktion die Masern-Impfung als Grundvoraussetzung für den Besuch von Kindergärten im Freistaat festschreiben. „Es geht uns darum, Kinder vor einer lebensgefährlichen Krankheit zu schützen. Dazu ist eine Masern-Impfpflicht für Kinder in Kindergärten und deren Kontrolle ein entscheidender Schritt", sagte Rosin. „Ist diese Pflichtimpfung nicht vorhanden, muss die Betreuung in einem Thüringer Kindergarten verwehrt werden", erklärte die Bildungspolitikerin. Ihr Fraktionskollege Zippel verweist auf aktuelle Zahlen des Robert-Koch-Instituts, nach denen Thüringen auch bei den Schulanfängern mit 93,1 Prozent die gewünschte Impfquote von 95 Prozent nicht erreicht. Darüber hinaus fordert Zippel die Landesregierung auf, zu prüfen, inwiefern Pflichtimpfungen auch gegen weitere gefährliche Infektionskrankheiten sinnvoll sind. „Dass manche Eltern Schutzimpfungen gegen Masern, Mumps und Röteln ablehnen, hängt mit jahrzehntealten Falschinformationen zusammen, die längst widerlegt sind", so der CDU-Gesundheitsexperte.

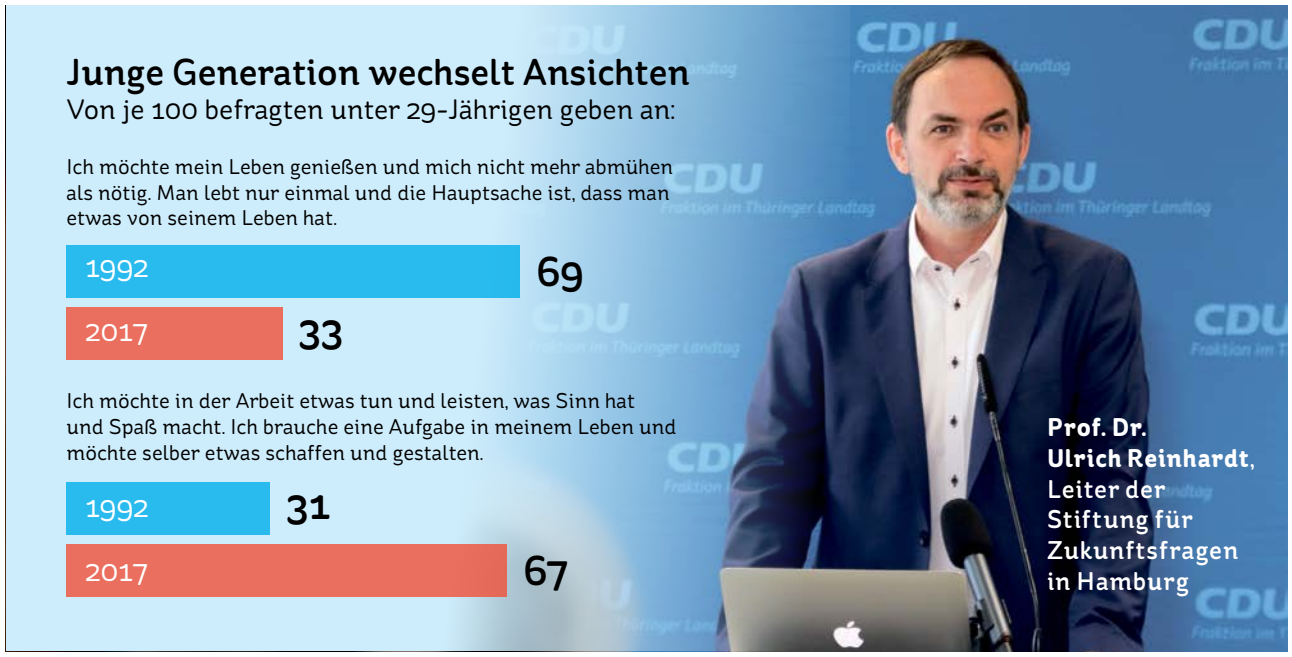
Aus der Fraktion

DIE OFFIZIELLE APP DER CDU-FRAKTION IM THÜRINGER LANDTAG FÜR ANDROID UND iOS



Laden im App Store

JETZT BEI Google Play



Zusammenhalt und traditionelle
Werte haben Konjunktur

Viele reden vom schwindenden Zusammenhalt. Doch stimmt das überhaupt? Zweifel daran wecken Daten des Zukunftswissenschaftlers Prof. Dr. Ulrich Reinhardt, Leiter der Hamburger Stiftung für Zukunftsfragen. Zur Frühjahrsklausur der CDU-Fraktion im April in Bad Blankenburg wusste er erstaunliches zu berichten. Die Deutschen sind weit weniger egoistisch als es zuweilen erscheint.

Junge Erwachsene sehen den Sinn des Lebens heute zu gut zwei Dritteln darin, etwas zu schaffen und zu gestalten. Vor 25 Jahren war das noch völlig anders. Da ging es der deutlichen Mehrheit noch darum, das Leben zu genießen und sich nicht mehr als nötig abzumühen. Egoismus ist verpönt. 88 Prozent meinen, dass dafür in der Gesellschaft immer weniger Platz ist. Zusammenhalt hat Konjunktur. Reinhardt spricht von einem „Comeback der guten Nachbarschaft“. 58 Prozent sagen von sich, sie entdeckten „den Wert der Nachbarschaft wieder, weil wir zunehmend aufeinander angewiesen sind“.

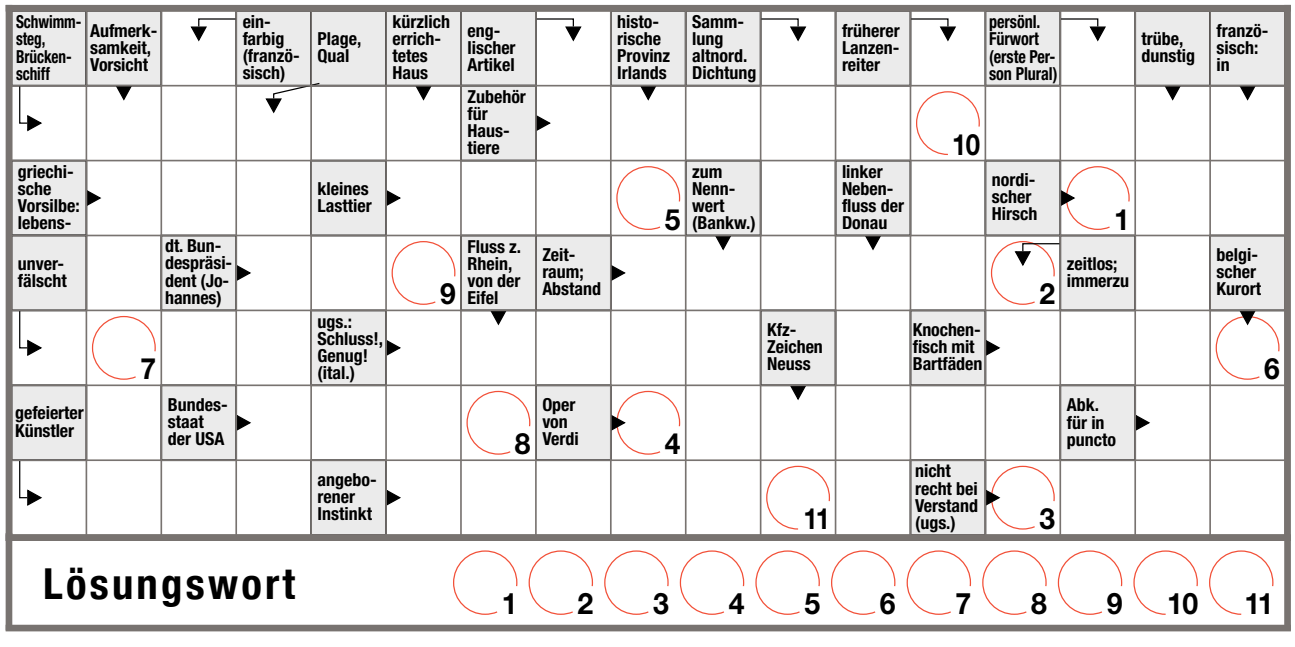
Während 59 Prozent meinen, Geld gehört zu den Faktoren, die „die Qualität des Lebens zukünftig besonders stark beeinflussen werden“, sind dies für 92 Prozent Freundschaften, für 86 Prozent Partnerschaft und für 85 Prozent Familie und Kinder. Die erleben gerade bei jungen Deutschen eine Konjunktur. Befragte im Alter von 14 bis 34 sagen zu 75 Prozent: „Für mich sind Ehe, Kinder und Familie eine Aufgabe, für die es sich zu leben lohnt.“ 1999 meinten das nur 52 Prozent. Dazu passt, dass die Zahl der Eheschließungen wächst und die der Scheidungen sinkt.

Der jugendpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Andreas Bühl, sieht darin „eine Ermutigung, entschlossener zu den traditionellen Werten wie Ehe und Familie oder Leistung zu stehen. Die Bürger denken hier ganz anders als die vornehmlich linke Politik, die sich mit allen möglichen Randgruppen befasst.“

Bei unserem Kreuzworträtsel gilt es auch diesmal, ein Lösungswort aus dem Bereich der Landespolitik zu finden. Senden Sie die Lösung per E-Mail oder Post an die Redaktion (Betreff/Stichwort: „Kreuzworträtsel“) und gewinnen Sie zwei VIP-Karten für den Jahresempfang der CDU-Fraktion im August 2019 auf der Messe Erfurt, ein edles Schreibset und eine Powerbank für das Smartphone. Einsendeschluss ist der **7. Juni 2019**. Um an der Verlosung teilzunehmen, geben Sie das Lösungswort, Ihre Anschrift und Ihren vollen Namen, Ihre E-Mail-Adresse und Ihre Telefonnummer an.*

E-Mail: quiz@cdu-landtag.de oder
Postadresse: CDU-Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt

Bei unserem Kreuzworträtsel in der April-Ausgabe der DruckSache lautete das Lösungswort „Landwirt“. Zu gewinnen gab es auch damals zwei VIP-Karten für den Jahresempfang, ein Schreibset und eine Powerbank. Unter den richtigen Antworten als Gewinnerin gezogen wurde **Regina Bergmann** aus Unterbreizbach. Herzlichen Glückwunsch!



* Um an der Verlosung teilzunehmen, müssen Sie mindestens 16 Jahre alt sein und den Hauptwohnsitz in Thüringen haben. Die Preise werden direkt nach Einsendeschluss verlost und der Gewinner telefonisch benachrichtigt. Eine Auszahlung des Gewinns ist nicht möglich, der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist gemäß dem Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b) DSGVO zur Durchführung des Quiz erforderlich. Mit der Teilnahme am Quiz erklärt sich der Teilnehmer einverstanden, dass im Falle eines Gewinns sein Vorname, sein Nachname sowie sein Wohnort in der Drucksache veröffentlicht werden. Daneben verarbeiten wir Ihre Daten, um Sie über das aktuelle politische Geschehen in Thüringen zu informieren. Diesbezüglich verweisen wir Sie auf Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e) DSGVO i.V.m. § 47 S. 2 Nr. 5 ThürAbgG. Nach § 47 S. 2 Nr. 5 ThürAbgG ist es Aufgabe der Fraktionen, die Öffentlichkeit über ihre parlamentarische Arbeit zu unterrichten. Es handelt sich damit um die Verarbeitung für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt. Sie haben gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO das Recht, der diesbezüglichen Verarbeitung jederzeit zu widersprechen. Im Falle des Widerspruchs werden wir die betroffenen Daten unverzüglich löschen. Unsere Datenschutzerklärung mit weiteren Hinweisen zum Datenschutz finden Sie unter www.cdu-landtag.de/service/datenschutz.